

Wahlprogramm 2023

1. Präambel

Als Liberale steht für uns die Freiheit des Individuums an erster Stelle. Jeder Mensch, unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Herkunft, seiner finanziellen Möglichkeiten oder seiner sexuellen Orientierung, soll alleine aufgrund seiner Fähigkeiten die Chance haben, sich im Studiengang seiner Wahl zu verwirklichen. Wir stehen für eine pragmatische Hochschulpolitik, die die Interessen der Studierenden im Blick hat und nicht blind eigene ideologische Ziele verfolgt.

2. Mehr Individualität im Studium

- **Freies Studieren ohne Anwesenheitspflicht:** Auch wenn eine Anwesenheitspflicht eigentlich nicht an unserer Universität existiert, versuchen viele Dozierende diese über Anwesenheitslisten oder andere Methoden wie beispielsweise Protokollführung durchzusetzen. Wir als Liberale Hochschulgruppe (LHG) stellen uns hinter die humanistische Idee des freien Studierens und fordern die Universität dazu auf, solche Praktiken zu unterbinden. Alle Studierenden können für sich selbst entscheiden, welche Teile einer Veranstaltung sie besuchen wollen und wie sie ihre Zeit für sich einteilen wollen. Es liegt in der Eigenverantwortung des Einzelnen, wie er sich auf seine Studienleistungen vorbereitet. Dies regulieren zu wollen, halten wir für den falschen Schritt.
- **Ärztliche Expertise ernst nehmen:** Wenn man aus Krankheitsgründen eine Prüfung nicht antreten kann, muss ein ärztliches Attest abgegeben werden. Allerdings wird dann gesondert entschieden, ob diese ärztliche Beurteilung anerkannt wird. Wir als LHG halten dieses Erheben von fachfremden Einschätzungen über medizinische Expertise für anmaßend. Deshalb fordern wir, dass ein ärztliches Attest (je nach Prüfungsordnung ggf. ein amtsärztliches Attest) allein ausreichend ist, um als entschuldigt zu gelten.
- **Flexiblere Eigenplanung beim Stundenplan:** Vor der Bologna-Reform war es für jeden Studierenden möglich, für seinen Stundenplan auch fachfremde Veranstaltungen mit Bezug zum eigenen Fachbereich anrechnen zu lassen. Das verbesserte die individuellen Planungsmöglichkeiten und sorgte für Austausch zwischen den Fachbereichen. Wir als LHG wollen daher das

starre Modul- und Fächersystem aufweichen, sodass man individuell Veranstaltungen für sein Modul anrechnen lassen kann.

- **Wissenschaftsfreiheit:** Für uns als LHG ist es wichtig, dass der wissenschaftliche Betrieb frei von äußerlichen und vor allem politischen Einflüssen ist. Dies soll für die wissenschaftliche Arbeit im Allgemeinen, aber auch die studentische Teilhabe an der Wissenschaft im Besonderen gelten. Gerade beim Thema der geschlechtergerechten Sprache wird die freie Forschungsarbeit der Studierenden eingeschränkt. Aus diesem Grund setzen wir uns für freiwilliges Gendern in Studienleistungen und wissenschaftlichen Arbeiten ein, lehnen jedoch eine Pflicht zum Gendern ab. Die Verwendung bzw. Nichtanwendung von geschlechtergerechter Sprache darf keinen Einfluss auf die Bewertung haben. Wir sehen auch eine politische Teleologie von Wissenschaft kritisch, weswegen wir uns dafür aussprechen, dass die Universität sich von dem in Schnellroda ansässigen Institut für Staatspolitik scharf abgrenzt.
- **Keine erzwungene Studierendenschaft:** Bei der Immatrikulation werden alle Studierenden automatisch Mitglied der vereinten Studierendenschaft. Dafür bezahlen sie einen Aufschlag auf ihren Semesterbeitrag und finanzieren somit verschiedene Angebote. Zudem bekommen sie damit das Wahlrecht für die Hochschulwahl. Die Wahlbeteiligung zwischen 15 und 19 Prozent zeigt jedoch, dass bei einem Großteil der Studierenden die Hochschulwahl auf kein großes Interesse stößt. Deshalb fordern wir als LHG, dass bei der Studienbewerbung aktiv zugestimmt werden muss, ob man der vereinten Studierendenschaft beitrifft. Der Beitritt soll für den Beginn jedes neuen Semesters vorgenommen werden können.

3. Digitalisierung

- **WLAN für alle:** Für uns stellt ein gut ausgebauter und flächendeckender Internetzugang eine essenzielle Grundlage für das moderne Lernen und Studieren dar. Aufgrund dessen fordern wir den Ausbau des WLANs auf dem gesamten Unigelände. Es gibt einige Räume, in welchen es keinen WLAN-Empfang gibt, was die Teilnahme an Veranstaltungen in ebenjenen Räumen erschwert. Dazu fordern wir auch eine höhere Bandbreite, sodass durch leistungsstarkes Internet optimale Bedingungen für das digitale Studieren geschaffen werden. Auch die Mensen sind nicht an das bisherige WLAN der Universität angebunden. Für eine solche Anbindung soll sich die Universität beim Studentenwerk Halle einsetzen.
- **Ausbau und Digitalisierung von Bezahlmöglichkeiten:** Um für alle Studierenden das Bezahlen in der Universität weiter zu vereinfachen, fordern wir, dass man über die Löwenapp per Onlinebezahlung die Studierendenkarte aufwerten kann.
- **Semesterticket digital gestalten:** Die Löwenapp wird ihren Anforderungen nicht gerecht. Wir als LHG fordern daher, dass das Semesterticket auch in digitaler Variante zur Verfügung gestellt wird. Das ermöglicht Studierenden auch bei Vergessen des Studierendenausweises das Semesterticket digital vorzeigen zu können. Angesichts des kommenden Deutschlandtickets fordern

wir eine erneute Abstimmung über die Freiwilligkeit des Semestertickets. Im Zuge dieser geänderten Lage könnte sich die Stimmung unter den Studierenden diesbezüglich geändert haben.

- **Verfügbarkeit von Lehrveranstaltungen bei StudIP:** Damit Studierende stets in der Lage sind, ihre Lehrveranstaltungen zu organisieren, fordern wir, dass Dozierende dazu verpflichtet werden, ihre Veranstaltungen auf Opencast hochzuladen. Zudem fordern wir, dass Dozierende Vorlesungen aufzeichnen und hochladen müssen, da es gerade für Lehramtsstudenten, aber auch anderweitig oft vorkommt, dass Lehrveranstaltungen sich überschneiden. Sofern es technisch möglich ist, sollen Vorlesungen auch live gestreamt werden.
- **Digitale Wahlen erhalten:** Vonseiten anderer Hochschulgruppen kam es jüngst zu Kritik an dem Format der digitalen Hochschulwahlen. Man gehe davon aus, dass diese Form der Wahl „demokratische Prinzipien“ verletze, wobei nicht spezifiziert wurde, inwiefern das der Fall ist. Digitale Wahlen haben jedoch den Vorteil, dass sie wesentlich barrierefreier sind als Präsenzwahlen und zu dem einen geringeren Organisationsaufwand haben. Gerade aufgrund der geringen Wahlbeteiligung wäre es unvernünftig noch mehr Hürden zum Wählen aufzubauen. Wir fordern daher, dass die digitalen Wahlen auch für die Zukunft erhalten bleiben und die Methoden entsprechend verbessert werden.

4. Flexiblere und offenere Uniangebote

- **Mehr offene Freiräume für Studierende:** Der studentisch selbstverwaltete Raum (SSR) am Steintorcampus stellt einen wichtigen Freiraum für die Studierenden dar. Dort hat man einen Treffpunkt, einen Ruheort und eine Hilfe für Studierende mit Kind. Dieser lässt sich über die Studierendenkarte öffnen, wird jedoch am Abend geschlossen und kann nur mit einem speziellen Token geöffnet werden. Das schränkt die gute Wirkung eines solchen Freiraums jedoch ein, da man diesen auch am Abend nutzen könnte. Wir als LHG fordern daher, dass man den SSR konstant mit der Studierendenkarte öffnen kann. Des Weiteren fordern wir die Errichtung weiterer solcher Freiräume auf den anderen Standorten der Universität.
- **Bibliotheksöffnungszeiten:** Wir fordern, dass auch zu späteren Stunden nachtproduktive Studierende die Möglichkeit haben, zu den von ihnen als angenehm empfundenen Zeiten zu lernen. Das Juridicum ist aufgrund der zentralen Lage und seines Bestandes als Standort für eine länger geöffnete Bibliothek besonders gut geeignet. Wir fordern die Universität dazu auf, entsprechende Vorkehrungen mit der ULB zu verhandeln.
- **Längere Öffnungszeiten der Mensen:** Wir fordern die längere Öffnung von Mensen. Nach 16.00 Uhr ist es in den meisten Fällen nicht mehr möglich, Snacks oder Getränke zu kaufen. Die Universität soll prüfen, welche Standorte dafür prädestiniert sind und sich beim Studentenwerk entsprechend dafür einsetzen.

5. Vernunftorientierte Studierendenförderung

- **Aufräumen der Finanzordnung:** Die Finanzordnung des Studierendenrats ist an manchen Stellen sehr schwammig, weshalb fraglich ist, ob eine Förderung nun legitim ist oder nicht. Das sorgt dafür, dass vernünftige und hilfreiche Förderungen abgelehnt und sinnlose Förderungen durchgebracht werden. Wir als LHG fordern daher, dass die Finanzordnung neu geschrieben und um genaue, beispielhafte Schilderungen ergänzt wird.
- **Keine sinnlosen Ausgaben:** Im Studierendenrat ist es des Öfteren vorgefallen, dass Finanzierungsbeiträge aus symbolpolitischem Anlass erhöht wurden. Dieses ausgegebene Geld hatte keinen weiteren Zweck außer der Selbstgefälligkeit der Initiatoren. Wir halten dieses Verhalten für unverantwortlich. Das Geld, was unbegründet verschwendet wird, könnte weiteren studentischen Projekten zugutekommen.
- **Kritische Einführungswoche im Rahmen des Rechts:** Sowohl in Leipzig als auch in Halle kam es im Rahmen der kritischen Einführungswochen zu Aktionen, welche nicht vollumfänglich im Rahmen von Recht und Gesetz stehen. Wir begrüßen zwar die intellektuellen und fachlichen Beiträge der kritischen Einführungswochen, fordern jedoch, dass keinerlei Förderung von strafrechtlich relevantem Verhalten stattfinden soll.
- **Entfinanzierung des AK Protests:** Wir befürworten die Organisation und Finanzierung von Arbeitskreisen und begrüßen die Arbeit der AKs, welche für das studentische Wohlergehen da sind. Jedoch sehen wir die Finanzierung des AK Protest kritisch, da dieser keinerlei Mehrwert für Studierende an der Universität hat, sondern stets auswärtige Projekte fördert. Zudem besteht eine Verbindung zum politischen Extremismus. Wir fordern daher, dass der AK Protest denselben Weg geht wie der AK Antifa und vom Stura entkoppelt wird.

6. Weitere Forderung

- **Bafög: Elternunabhängig und zielorientiert:** Wir als LHG fordern ein elternunabhängiges BAföG nach dem Baukastenprinzip. Demnach sollen alle Studierende als Basis eine Grundförderung unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern erhalten. Zusätzlich soll ein Förderungsbetrag diejenigen Studierenden erreichen, die sich neben ihrem Studium gesellschaftlich engagieren oder einem Nebenjob nachgehen. Auf einer weiteren Stufe soll es möglich sein, ein über diese Stufen hinausgehenden Förderbeitrag als Darlehen zu bewilligen. Dieses Darlehen soll nicht schon mit dem Studienabschluss, sondern erst dann zurückgezahlt werden müssen, wenn nach dem Studium ein einkommensgenerierender Beruf ausgeübt wird. Dieses Förderungssystem ermöglicht Studierenden die Wahl, ob sie eine vollfinanzierende Förderung mit einem Darlehensanteil in Anspruch nehmen möchten oder eben nur eine Zuschussförderung ohne Darlehensanteil. Wir fordern, dass sich die Universität und ihre Gremien aktiv dafür einsetzen.

- **Kein Platz für Extremismus:** Für uns ist die Universität ein Ort freier wissenschaftlicher Entfaltung, welche nur ohne den Einfluss von extremem politischen Ideologien existieren kann. Wir sind uns bewusst, dass Rechtsextremismus ein herausragendes strukturelles Problem ist. Gleichzeitig steht für uns jedoch auch fest, dass jede Form von Extremismus bekämpft werden muss und aufs schärfste zu verurteilen ist. Das Problem von Linksextremismus an der Universität zeigte sich insbesondere durch die Auflösung des AK Antifa, die zu Ausschreitungen führte. Wir fordern die studentischen Gremien auf, sich von allen Formen des Extremismus strikt zu distanzieren! Zudem halten wir das Besetzen einer Uni und das Blockieren von Lehrveranstaltung für kein legitimes Mittel für einen Protest. Deshalb sehen wir das Verhandeln des Rektorats mit den Protestgruppen kritisch.
- **Mehr studentische Repräsentation in Fakultätsräten und im Senat:** In den Fakultätsräten und im Senat sind die Studierenden maßlos unterrepräsentiert. Dort werden jedoch wichtige Entscheidungen über Finanzen und Struktur der Uni getroffen, die am meisten Studierende betreffen. Wir fordern daher, dass die Quoren für Professoren aufgehoben werden und es einen repräsentativen Anteil an studentischen Vertretern in ebenjenen Gremien geben soll. Das Gleiche fordern wir für wissenschaftliche Mitarbeiter.